

Nepal Observer

An internet journal irregularly published by Nepal Research
Issue 38, March 10, 2017

ISSN 2626-2924

Erneute Eskalation im Tarai: Die Gefahr des gescheiterten Staates

von Karl-Heinz Krämer

In Maleth, Saptari-Distrikt, ist es am 6. März zu einem blutigen Zwischenfall gekommen, bei dem fünf Personen durch gezielte Polizeischüsse getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden. Mit dieser erneuten Eskalation war angesichts der extremen politischen Spannungen vor dem Hintergrund der für Mai 2017 angesetzten lokalen Wahlen fast zu rechnen. Der Schock sitzt umso tiefer als die Polizei einmal mehr bewies, dass sie sich mit Blick auf eine Achtung der Menschenrechte weiterhin kaum bewegt hat.

Scheitern der Verfassunggebenden Versammlungen

Um die politischen Hintergründe der Eskalation verständlich zu machen, muss man etwas weiter ausholen. Nach dem Ende des maoistischen Aufstands und des königlichen Putsches im April 2006 hatten allen großen Parteien geschworen, ein neues, inklusives Nepal zu schaffen, das auf den Eckpfeilern von Demokratie, Säkularismus, Föderalismus und gleichen Rechten und Chancen für alle Bürger des Landes aufbauen sollte. Die Grundlage sollte eine neue Verfassung bilden, die durch eine verfassunggebende Versammlung (VV) geschaffen werden sollte, welche von der Bevölkerung des Landes in einem demokratischen Verfahren gewählt werden sollte. Ein besonderes Wahlverfahren sollte sicherstellen, dass alle Gesellschaftsgruppen des Landes angemessen in dieser Versammlung vertreten waren und bei der Entscheidung über die neue Verfassung frei und ohne Einflussnahme ihrer Parteien mitreden konnten. Sie sollten also eher ihre Gesellschaftsgruppen als ihre politischen Parteien repräsentieren.

Dieses Vorhaben ist bekanntlich nicht wie gedacht vorangekommen. Es musste daher zweimal eine solche Versammlung gewählt werden. Schon Mitte der ersten VV wurde deutlich, dass den Führern der großen Parteien, allesamt männliche Tagadhari, insbesondere Brahmanen, die Vorschläge der Komitees der VV viel zu weit gingen, weil sie ihre eigenen Privilegien und Stellung gefährdeten. Sie unterbanden daher eine Diskussion dieser Vorschläge innerhalb der VV und stritten fortan nur noch untereinander über die diversen Streitpunkte, begleitet von endlosen und rücksichtslosen Kämpfen um die exekutive Macht, die traditionell einen mehr oder weniger ungehinderten Zugriff auf die staatlichen Pfründe versprach. Die VV wurde nur noch als Machtbeschaffungsinstrument missbraucht.

So scheiterte 2012 die erste VV ergebnislos und auch die zweite VV steckte nach anfänglichen Fortschritten wieder in größten Schwierigkeiten, als die kritischsten Bereiche, wie die Gestaltung des föderalen Staates, zwischen den Parteiführern diskutiert wurden. In dieser Situation wurde Nepal im April und Mai 2015 von heftigen Erdbeben erschüttert. Die unvorbereiteten und überforderten Politiker verschwanden zunächst einige Tage in der Versenkung. Erst als der Unmut der Bevölkerung immer lauter wurde, erkannten sie, dass sie etwas tun mussten, um von den Folgen der Erdbeben abzulenken.

Verfassung der Spitzenpolitiker

Nur die allerhöchste Ebene der Parteipolitiker raufte sich daher zusammen und erklärte, die neue Verfassung innerhalb weniger Wochen verabschieden zu wollen. Auf einmal schwanden die zuvor unüberbrückbar erscheinenden Differenzen dahin. Die Toppolitiker der drei großen Parteien und der Führer einer der Madheshi-Parteien, der sich 2007 vom Nepali Congress losgesagt hatte, einigten sich innerhalb weniger Wochen auf einen Verfassungsentwurf. Dieser wurde zunächst der VV vorgestellt und als Entwurf für eine Diskussion durch die gesamte Bevölkerung freigegeben. Allerdings war die für mögliche Eingaben gesetzte Frist so kurz angesetzt, dass allenfalls die Menschen mit Internetzugang in den städtischen Ballungsgebieten eine Chance hatten, den Vorschlag zu sichten und Einwendungen zu machen.

Nach minimalen Veränderungen wurde der Vorschlag der Parteiführer der VV zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt. Es zeigte sich, dass seitens der Abgeordneten aus den traditionell ausgegrenzten Gruppen, deren Situation durch die neue Verfassung entscheidend verbessert werden sollte und die daher für ihre jeweiligen Gruppen sprechen sollten, eine erhebliche Anzahl von Änderungen gefordert wurde. Daher verordneten die Parteispitzen von ihren Abgeordneten eine Abstimmung entsprechend der Vorgaben ihrer Parteiführer. Bereits eingebrachte Änderungsvorschläge mussten großenteils zurückgezogen werden. Alle Abstimmungen erfolgten öffentlich durch Handhebung, so dass potentielle Abweichler sofort auffielen.

Auf diese Weise wurde die Verabschiedung der neuen Verfassung zur Farce. Das Vorgehen war nicht nur undemokratisch, es verstieß auch in höchstem Masse gegen die Vorgaben und Anliegen der Übergangsverfassung, welche die rechtliche Grundlage für den Erneuerungsprozess darstellen sollte. Fast alle früheren Abkommen des Staates mit Führern der traditionell ausgegrenzten Gruppen wurden verworfen. Das Produkt, die neue Verfassung, beinhaltete sogar zahlreiche Rückschritte im Vergleich zur Übergangsverfassung, obgleich das Ziel doch eigentlich umgekehrt gedacht war. Unter dem Strich war die neue Verfassung eher dazu angetan, die Interessen und Privilegien der traditionellen männlichen Tagadhari-Elite zu sichern und nicht die in der Vergangenheit stets vernachlässigten Anliegen der ausgegrenzten Gruppen – Janajati, Madheshi, Dalits, Muslime und Frauen aus allen Gruppen – zu integrieren.

Grenzblockaden 2015/16

Bereits während der forcierten Verabschiedung der Verfassung gab es insbesondere im Tarai massive Proteste gegen das Vorhaben der Spitzenpolitiker. Nach der Verabschiedung der Verfassung am 20. September 2015 eskalierte bekanntlich der Konflikt. Es gab im gesamten Tarai massive Demonstrationen und Zusammenstöße zwischen den Demonstranten, vor allem Madheshi und Tharu, und den Sicherheitskräften, wobei nach offiziellen Angaben 50 Personen ums Leben kamen. Die Demonstranten errichteten an den Grenzübergängen bereits auf indischem Territorium Straßensperren. In deren Folge gab es erhebliche Versorgungsengpässe im ganzen Land, vor allem in den städtischen Ballungsräumen des Kathmandutals und des Tarai.

Indien duldet die Blockaden auf seinem Territorium, was für die nepalischen Politiker und Medien ein Anlass war, von einer indischen Wirtschaftsblockade zu sprechen. Die mehr als vier Monate andauernde Blockade traf die Menschen, die Wirtschaft und die Natur des Landes schwer. Die Blockade wurde erst aufgehoben, nachdem sich Nepals Politiker Ende Januar 2016 zu einer minimalen Verfassungsänderung durchdrangen, die allerdings nicht mehr als Makulatur war und die Anliegen der ausgegrenzten Gruppen nicht berücksichtigte. Zweifelsohne unterstützte Indien mit seinem Verhalten die demonstrierenden Gruppen aus dem Tarai, was natürlich eine Einmischung in die inneren

Angelegenheiten Nepals war. Doch das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wahre Ursache bei den Spitzenpolitikern des Landes lag.

Zugesagte Verfassungsänderung

Als im Laufe des Jahres 2016 die allgemeine Unzufriedenheit mit der von Khadka Prasad Sharma Oli (CPN-UML) geleiteten Regierung immer stärker wurde, sprang der kleinere Koalitionspartner CPN-MC ab und strebte eine Koalitionsregierung mit dem Nepali Congress (NC) an. Auch Sher Bahadur Deuba, der Vorsitzende des NC, wollte gerne mal wieder Premierminister werden; er war seit 1995 ja erst dreimal kläglich gescheitert. Da Pushpa Kamal Dahal, der Vorsitzende der CPN-MC, aber nur eine Koalition mit dem NC eingehen wollte, wenn er selbst zunächst wieder Premierminister wurde, einigte man sich darauf, dass eine Koalitionsregierung aus NC und CPN-MC zunächst neun Monate lang von Dahal geleitet werden sollte, ehe dann Deuba seinerseits neun Monate lang Premierminister werden würde. Spätestens bis zum 20. Januar 2018 müssen ohnehin laut Verfassung auf allen Ebenen des Staates – lokale Ebene, föderale Provinzen und zentrale Ebene – Wahlen durchgeführt worden sein.

Aber für die Wahl einer Regierung aus NC und CPN-MC reichte die Zahl der Abgeordneten dieser Parteien im Parlament nicht aus. Also umwarben die Führer der beiden Parteien die im Parlament vertretenen Madheshi- und Janajati-Parteien. Sie sagten diesen eine Verfassungsänderung zu, in der die dringendsten Forderungen dieser Gruppen berücksichtigt werden sollte. Die ethnischen und regionalen Parteien wählten daher Anfang August 2016 die heutige Regierung von Premierminister Pushpa Kamal Dahal. Allerdings lehnten sie eine direkte eigene Beteiligung an dieser Regierung ab, da sie in der Vergangenheit stets nur negative Erfahrungen mit derartigen Versprechen der großen Parteien gemacht hatten.

Ihre Skepsis zeigte sich schon bald begründet, als sich die Regierungsparteien nach wiederholtem Drängen seitens der Madheshi- und Janajati-Parteien tatsächlich anschickten, einen Änderungsvorschlag zur Verfassung einzubringen. Da eine Verfassungsänderung einer Zweidrittelmehrheit im Parlament und somit zumindest eines Teils der Stimmen der nun oppositionellen CPN-UML bedurfte, legten sich deren Parteiführer um Expremierminister Oli von vornherein quer. Sie erklärten, die Verfassung sei ganz ausgezeichnet, erfülle alle Auflagen einer demokratischen Verfassung und biete allen Menschen des Landes gleiche Chancen. Sie müsse nur endlich auch verwirklicht werden, eigentlich etwas, was die CPN-UML, als sie noch die Regierung leitete, völlig vernachlässigt hatte. Statt einer Verfassungsänderung forderte die Partei daher jetzt, zunächst lokale Wahlen abzuhalten.

Um diese Forderung durchzusetzen, blockierte die CPN-UML wochenlang die Arbeit des Parlaments und verhinderte damit zumindest, dass dort überhaupt ein Antrag auf Verfassungsänderung eingebracht, geschweige denn diskutiert werden konnte. Oli erklärte wiederholt, eine Verfassungsänderung, wie sie von den weiterhin benachteiligten Gruppen gefordert wird, verstoße gegen die nationalen Interessen und dürfe daher gar nicht im Parlament diskutiert werden. Mit anderen Worten, Oli entschied, was nationale Interessen sind und was nicht, was überhaupt national ist, und dass die Anliegen benachteiligter und zum Teil weiterhin ausgegrenzter Gruppen nicht nationale Interessen sind. Er, Oli, und seine Partei hätten dies zu entscheiden, nicht die gewählten Vertreter des Volkes. Diese Haltung kam einer Bankrotterklärung demokratischer Prinzipien gleich.

Auf der anderen Seite standen die Parteien der nationalen Allianz (NA), zu der auch die Parteien der UDMF (United Democratic Madheshi Front) gehören, mit anderen Worten die Madheshi- und Janajati-Parteien, die in ihrer Haltung ebenfalls unerbittlich blieben. Sie erklärten, es werde keine lokalen Wahlen geben, solange nicht die Verfassung geändert und die Anliegen der Madheshi und Janajati berücksichtigt würden.

Lokale Wahlen vor/statt Verfassungsänderung

In dieser Situation musste sich die Regierung für eine der beiden Seiten entscheiden und dies war einmal mehr die etablierte Partei CPN-UML. Dabei ging es gar nicht so sehr um inhaltliche Anliegen als vielmehr um den Erhalt der Macht. Es gab nämlich auch innerhalb der beiden großen Regierungsparteien, insbesondere im NC, Politiker, die gegen die angestrebte Verfassungsänderung waren. Die Option baldiger lokaler Wahlen, die eigentlich von allen Menschen in Nepal begrüßt wird, war da eine willkommene Gelegenheit, von der Überarbeitung der Verfassung Abstand zu nehmen. Schließlich setzte die Regierung lokale Wahlen für den 14. Mai 2017 fest und versuchte, die Parteien der NA ein weiteres Mal zu vertrösten. Dazu waren letztere aber nicht bereit und erklärten ihrerseits, vor einer Verfassungsänderung lokale Wahlen um jeden Preis zu verhindern.

Als erste der großen Parteien nahm die CPN-UML den Wahlkampf auf und rief zu einer großen nationalen Kampagne genau dort auf, wo die meisten jener Parteien beheimatet waren, deren Anliegen man seit Wochen auf Biegen und Brechen bekämpft hatte, nämlich im Tarai. Provokanter ging es nicht mehr. Konflikte wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern förmlich herausgefordert.

Dass die Eskalation allerdings so krass erfolgte, war auch ein Verdienst der Sicherheitskräfte. Die Polizei bewies einmal mehr, dass sie noch immer nicht gelernt hat, die Rechte und die Würde der Menschen zu respektieren und zu wahren. Zumindest die blutigen Ausschreitungen im Tarai von 2015 mit 50 Toten, bei denen ebenfalls die Polizei die Hauptschuld trug, hätten doch noch in Erinnerung sein müssen. Gezielte Kopfschüsse auf allenfalls mit Steinen bewaffnete Demonstranten sind nichts anderes als Mord. Man ist in Nepal allzu schnell bei der Hand, wenn es darum geht, von Verschwörungen zu sprechen. Selbst wenn dies jetzt so wirken sollte, so ist dennoch davon auszugehen, dass die wahren Ursachen in der von rücksichtslosem Machtstreben geleiteten Inkompetenz der Politiker zu suchen sind, die es seit bald drei Jahrzehnten versäumt haben, aus Nepal einen Rechtsstaat zu machen, in welchen auch die Sicherheitskräfte mit Rechten und Pflichten eingebunden sind.

Passend zu dem gerade genannten Verhalten der Politiker passte dann auch, dass Oli und seine Partei sich ausschließlich als hilflose Opfer sahen und den beiden großen Regierungsparteien wörtlich vorwarfen, sie wollten die Führer der CPN-UML gezielt ermorden ([The Kathmandu Post, 10. März 2017](#)). Solche Parolen sind für Politiker, die den Anspruch erheben, Staatsmänner zu sein, völlig ungeeignet. Sie sind allenfalls dazu angetan, die Stimmung anzuheizen und weitere Konfrontationen zu beschleunigen. Die Kampagne der CPN-UML im Tarai kommt einer Provokation gleich. Das weiß Oli. Dennoch will er sie unbeirrt fortführen.

Die UML wurde im Saptari-Distrikt von aufgebrachten, aber unbewaffneten Demonstranten blockiert, Opfer der gezielten Schüsse waren nicht die Aktivisten der UML, sondern eben jene Demonstranten. Wenn die Madheshi- und Janajati-Parteien einen demokratischen Wahlkampf der CPN-UML durch massive Demonstrationen verhindern, dann erklärt die UML dies zu Recht für undemokratisch und rechtswidrig. Wenn Oli und seine Partei aber jegliche demokratische Diskussion der ganz offensichtlich berechtigten Forderungen dieser Gruppen im Parlament verhindert, dann soll dieses Vorgehen der UML rechtmäßig sein und den nationalen Interessen entsprechen. Hier liegt ganz offensichtlich eine gestörte Auffassung davon vor, was national und was rechtmäßig ist und wer überhaupt was in Nepal darf. Mit anderen Worten, die Führer der CPN-UML sind weiterhin zutiefst verwurzelt in der nicht-inklusiven Gesellschaftsordnung, die doch eigentlich mit der neuen Verfassung aufgebrochen werden sollte.

Bestrebungen des Machterhalts

Spätestens nach der erneuten Eskalation im Tarai habe die NA-Parteien angedeutet, der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen, mit der diese überhaupt erst gewählt werden konnte. Dies würde

das Ende der Dahal-Regierung bedeuten. Folglich war es Zeit für Premierminister Pushpa Kamal Dahal, nach Alternativen zu suchen, wenn er weiterhin an der Macht bleiben wollte. Am 9. März konnte er die Unterstützung der RPP-Nepal gewinnen, um die er sich schon länger bemüht hatte. Seit ihrer Wiedervereinigung mit der Mutterpartei RPP im November 2016 verfügt die RPP-Nepal im Parlament über 37 Abgeordnete. Der Vorsitzende dieser Partei, Kamal Thapa, wurde nun der dritte stellvertretende Premierminister (!) der Dahal-Regierung und zuständig für föderale Angelegenheiten und lokale Entwicklung, ein Amt, das er auch in der vorhergehenden Oli-Regierung bereits neben dem des Außenministers innegehabt hatte.

Dies kann nur als Höhepunkt der Irrationalität bezeichnet werden. Kamal Thapa vertritt wie kaum ein anderer Politiker in Nepal jene Politik, die von den Maoisten zehn Jahre lang blutig bekämpft wurde und die gemäß dem gemeinsamen Bekenntnis aller großen Parteien aus dem Jahre 2006 mit dem Erneuerungsprozess des Landes endgültig abgeschafft werden soll. Thapa aber tritt auch heute weiterhin für eine Rückkehr zu Monarchie und Hindu-Staat ein. Er ist gegen Säkularismus und Föderalismus. Und diesem Mann wird nun zum zweiten Mal innerhalb von eineinhalb Jahren die Aufgabe übertragen, sich um die weitere Ausarbeitung des föderalen Systems zu kümmern. Aber genau dieses will er doch verhindern!

Wenn beispielsweise im Tarai Dr. CK Raut rein verbal und ohne Militanz von einem gesonderten Tarai-Staat spricht, dann ist dies sicherlich im Widerspruch zur Verfassung und fällt unter den Begriff Separatismus, aber es ist nichts anderes als eine freie Meinungsäußerung, die jedem nepalischen Bürger zusteht, egal wie man inhaltlich zu den Thesen Rauts steht. Raut wird für seine verbalen Statements ständig verhaftet, oft für Wochen. Kamal Thapa stellt sich mit seinen Erklärungen in gleicher Weise ganz klar gegen einheitliche Aussagen jener beiden Verfassungen, die seit Januar 2007 als Rechtsgrundlage gedient haben bzw. dienen. Im Prinzip will Thapa mit seinen Forderungen selbst die wenigen positiven Errungenschaften rückgängig machen, die eigentlich immer noch mehr auf dem Papier stehen als sie umgesetzt wurden: die Abschaffung von Monarchie und Hindu-Staat, der Säkularismus und der bisher nur angedeutete föderale Staat. Trotzdem wird ihm seitens der großen Parteien nicht widersprochen, wird er im Gegensatz zu Raut nicht verhaftet. Statt dessen wird er allenthalben hofiert und mit Ämtern überhäuft. Dabei hat er, so ganz nebenbei, eine große politische Verantwortung zu tragen für die rund 20 Toten und tausenden Verletzten der Volksbewegung von 2006, in deren Anfangstagen er als Innenminister des putschenden Königs die Polizei zu einem besonders harten Durchgreifen aufgefordert hatte.

Macht, nicht Inhalte

Dahals Kooperation mit Kamal Thapa macht einmal mehr deutlich, dass es den nepalischen Politikern überhaupt nicht um Inhalte geht. Der Zugriff auf die Macht und damit verbunden auf unerschöpfliche Pfründe geht den führenden Politikern, egal welcher Partei, über alles. Versprechen gegenüber anderen Gruppen oder Parteien, ganz gleich ob schriftlich oder mündlich abgegeben, werden ohnehin nicht umgesetzt, wie das Versprechen Dahals gegenüber den NA-Parteien vom August 2016 einmal mehr belegt hat. Wer soll diesen Politikern denn überhaupt noch etwas glauben, ihnen vertrauen?

In diesem Zusammenhang sind auch die beiden großen Problembereiche zu nennen, die seit Jahren ungelöst sind. Die Opfer des zehnjährigen maoistischen Aufstands und des königlichen Putsches warten weiterhin auf Gerechtigkeit. Die führenden Politiker aber haben an letzterer keinerlei Interesse, Ihnen geht es nur darum, unbehelligt zu bleiben, ganz gleich, auf welcher Seite sie damals gestanden und welche Verantwortung sie zu tragen haben. Es reicht ihnen, gelegentlich den Eindruck zu erwecken, man kümmere sich.

Der zweite Problembereich betrifft den Wiederaufbau nach den schweren Erdbeben von 2015. Hier ist die Untätigkeit und das Desinteresse der führenden Politiker ähnlich wie bezüglich der Konfliktaufarbeitung. Interesse besteht nur, wenn Posten an Parteiklientel vergeben werden können.

Was dann inhaltlich und effektiv durch meist inkompetente Verantwortliche umgesetzt wird, interessiert die Politiker meist wenig. Verbal gibt man sich spendabel und kündigt großspurig Hilfe an. Nur kommt bei den betroffenen Menschen nicht viel an und wenn überhaupt, dann in einem Schnecken-tempo.

Wie kann Nepal dieser Misere entkommen?

Nepals führende Politiker nach 1990 sind allesamt gescheitert, zum Teil mehrfach. Keiner von denen, die sich in Machtpositionen gedrängt haben, hat auch nur annähernd seine Aufgabe zufriedenstellend erfüllt. Es herrscht nicht nur ein unerbittlicher Kampf zwischen den diversen Parteien, sondern auch innerhalb derselben. Spaltungen, Beinahe-Spaltungen und Zusammenschlüsse sind geradezu an der Tagesordnung. Keine der größeren Parteien ist davon verschont geblieben. Nie geht es dabei um Inhalte; im Vordergrund steht immer der Machtanspruch bestimmter sogenannter Führer (im Nepali: neta), die diesen Titel eigentlich gar nicht verdienen.

Hierzu ein weiteres Beispiel. 2016 spaltete sich Baburam Bhattarai von der maoistischen Partei ab und gründete eine neue Partei, Nayan Shakti Nepal. In jüngster Zeit hat er eine enge Kooperation mit den NA-Parteien gesucht. Es dauerte aber nicht lange und es zeigten sich Differenzen innerhalb seiner neuen Partei. Ganz offensichtlich gibt es auch in diesem Kreis wieder viele, die auf den Erhalt traditioneller Strukturen bedacht sind. Auch sie haben sich wohl nur Hoffnung gemacht, über diese neue Partei wieder Zugang zu Posten und Pfründen zu erhalten, die in der maoistischen Partei nicht in ihrem Sinne erfüllt worden waren. Bei einer engeren Kooperation mit traditionell ausgegrenzten Gruppen lässt sich diese Hoffnung aus ihrer Sicht wohl kaum erfüllen.

Deepak Thapa ([The Kathmandu Post, 9. März 2017](#)) hat angeregt, dass sich die offensichtlich nicht zu einer rationalen Kooperation bereiten Parteiführer eines unabhängigen Vermittlers bedienen sollten. Ähnliches wurde zwar auch in der Vergangenheit schon vergeblich versucht, es wäre aber jetzt vielleicht der einzige Ausweg, wenn Nepal nicht demnächst als gescheiterter Staat dastehen will.

In der von der neuen Verfassung vorgegebenen Zeit bis zum 20. Januar 2018 wird dies nicht zu schaffen sein. Wichtig ist, dass man nicht hinten mit irgendwelchen kosmetischen Veränderungen anfängt, sondern vorne, bei der Hauptursache für die Unruhen der letzten gut eineinhalb Jahre, der neuen Verfassung. Surya Subedi von der University of Leeds, einer der weltweit führenden Rechtswissenschaftler zu Nepal, hat diese Verfassung als „ein Sammelsurium, das ohne Konsensbildung zwischen den politischen Kräften des Landes geschrieben wurde“, bezeichnet ([Kantipur, 9. März 2017](#)).

Im Gegensatz zur Forderung der CPN-UML und nun auch zur Marschroute der Regierungsparteien muss zunächst eine grundlegende Überarbeitung der Verfassung erfolgen, welche die Anliegen und Interessen aller Gesellschaftsgruppen reflektiert, wie es die Übergangsverfassung vorgegeben hatte. Ganz wesentlicher Bestandteil dieser umfassenden Verfassungsänderung muss auch die durchdachte und vollständige Strukturierung des föderalen Staates sein. Allen Anliegen, welche die Harmonie der Nepalis auf Dauer vergiften, muss ein für alle Mal eine Abfuhr erteilt werden. Das heißt, die inklusiv gestaltete säkulare und föderale Republik muss das unantastbare Grundideal des Staates sein, das nie wieder in Frage gestellt werden darf.

Erst wenn die Verfassung auf diese Weise ins Reine gebracht wurde, können auch die weiteren Schritte eingeleitet werden: Administrative Schaffung der föderalen Teilstaaten, Neustrukturierung der lokalen Ebene und Wahlen auf allen drei Ebenen des Systems. Auf der Grundlage einer sauber gestalteten Verfassung dürften dann letztere kein größeres Problem mehr darstellen.